

Mitteilungen des Förderkreises

Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Nummer 1

März 1992

Inhalt

| | |
|---|----------------|
| Bundesarchivgesetz - Novelle in Kraft | 1 |
| Problemfall DGB-Archiv "Verbund Archiv, Bibliothek, Technische Werkstätten" PDS-Vorstand wegen Archivpolitik unter Beschuß Sassenbach-Stiftung strebt unter das Dach des Bundes- archivs | 2 2 3 |
| Kooperationsangebot des IZJ | 4 |
| Das "Russische Zentrum" KPdSU im Mikrofilm | 4 5 |
| Zur Bildung der Internationalen Initiative Kominternarchiv | 5 6 |
| Um die Zukunft der ehemaligen SED-Bezirksparteiarchive | 6 7 |
| Seliger-Archiv jetzt im AdSD | 8 |
| Tribüne-Archiv übernommen | 8 |
| Das Franz-Neumann-Archiv "Bibliothek im Haus am Köll- nischen Park" erhaltenswert | 9 9 |
| "Aus" für das IfGA | 9 3 |
| Fortführung der MEGA vorerst gesichert | 3 10 |
| Veranstaltungskalender | 10 |
| Fachliteratur: Archivinventare Bremen und Hamburg - Jahres- bericht IZJ 1991 - Falken in Berlin - Bibliographie zur Roten Hilfe | 10 11 11 |
| DOKUMENT DER ZEIT: Gnade für arme Schwächer. Ein unveröf- fentlichtes Schreiben Thomas Manns an Walter Ulbricht enläß- lich der Waldheim-Prozesse | 11 12 |

Bundesarchivgesetz - Novelle in Kraft

Am 28. März 1992, dem Tag nach seiner Verkündung im Bundesgesetzblatt, ist die im Januar vom Parlament beschlossene Novelle zum Bundesarchivgesetz in Kraft getreten.

Als Unterlagen im Sinne dieses Gesetzes gelten nach dem neuen Wortlaut des § 2 Absatz 9 "auch solche der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der mit dieser Partei verbundenen Organisationen und juristischen Personen sowie der Massenorganisationen der Deutschen Demokratischen Republik, soweit sie die Wahrnehmung staatlicher Aufgaben betreffen. Dies gilt auch für andere Parteien und mit diesen Parteien verbundene Organisationen und juristische Personen der Deutschen Demokratischen Republik."

Der bisherige Absatz 9 bleibt als Absatz 10 in Kraft.

Nach § 2 ist folgender § 2a eingefügt worden:

"(1) Unter dem Namen 'Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR' wird im Bundesarchiv eine unselbständige Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet. Die Stiftung entsteht durch Erlaß des Bundesministers des Innern.

(2) Die Stiftung hat die Aufgabe, Unterlagen von Stellen nach § 2 Abs. 9 zu übernehmen, auf Dauer zu sichern, nutzbar zu machen und zu

ergänzen. Dies gilt auch für andere Unterlagen, Materialien und Bibliotheksbestände zur deutschen Geschichte, insbesondere zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, die damit in historischem oder sachlichem Zusammenhang stehen.

(3) Unterlagen nach § 2 Abs. 9 sind als Stiftungsvermögen der Stiftung zu übertragen. Für andere Unterlagen, Materialien und Bibliotheksbestände sind mit den Eigentümern gesonderte Vereinbarungen zu schließen.

(4) Die in § 5 Abs. 1 Satz 1 genannte Schutzfrist von 30 Jahren findet auf die Bestände der Stiftung keine Anwendung. Im übrigen ist die Benutzung der Unterlagen der Stiftung unter Beachtung von § 5 Abs. 1 letzter Satz sowie der Absätze 2, 5 und 6 in dem Erlaß zu regeln."

(Vgl. hierzu: BGBl. II S. 885, BArchG vom 6. Januar 1988 in der Fassung des Einigungsvertragsgesetzes vom 23. September 1990.)

Problemfall DGB-Archiv

Das Projekt der "Stiftung Volkswagenwerk" zur Sanierung des Archivs des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) läuft Mitte 1992 aus. Obwohl es nach dem erklärten Willen der Hans-Böckler-Stiftung (HBS), bei der das Projekt angesiedelt ist, und nach den Vereinbarungen mit der VW-Stiftung eigentlich keinen Zweifel daran geben konnte, daß das DGB-Archiv nach seiner Sanierung von der HBS weitergeführt werden würde, wurde in den vergangenen Wochen bekannt, daß das DGB-Archiv demnächst in die Obhut der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) überführt werden solle.

Tatsächlich hat der Vorstand der HBS einen Prüfauftrag erteilt, wonach untersucht werden soll, wo und in welcher Form das DGB-Archiv in Zukunft am besten (und kostengünstigsten) weitergeführt werden könne. Die Prüfung bezieht sich dabei sowohl auf das Bundesarchiv, das Hauptstaatsarchiv Nordrhein-Westfalen, Parteistiftungen sowie kommunale und universitäre Einrichtungen (Zeche Zollverein Essen, ZI 6/FU Berlin). Auch die Weiterführung im Rahmen der HBS bzw. als (un-)selbständige Stiftung werden geprüft.

Namhafte Historiker haben darauf hingewiesen, daß der DGB als eine der größten gesellschaftlichen Organisationen seine Überlieferung schlechterdings nicht an Dritte geben dürfe und daß die Übergabe an eine Parteistiftung nicht mit den Prinzipien der Einheitsgewerkschaft in Übereinklang zu bringen sei.

Die endgültige Entscheidung über die Zukunft des DGB-Archivs wird der DGB-Bundesvorstand wohl spätestens Mitte 1992 fällen. hoh

"Verbund Archiv, Bibliothek, Technische Werkstätten"

Im Januar 1992 konstituierte sich der "Verbund Archiv, Bibliothek, Technische Werkstätten beim Parteivorstand der PDS". Die Bildung dieses Zusammenschlusses war notwendig geworden, weil die Treuhandanstalt in einem Verwaltungsakt vom 14. November 1991 im Einvernehmen mit der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR verfügt hatte, treuhänderisch verwaltetes Vermögen nur noch "bis zur schnellstmöglichen Beendigung der Arbeitsverhältnisse" der Mitarbeiter des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung bereitzustellen.

Der Treuhand-Bescheid vom 14. November, der gleichermaßen die Schließung von Archiv und Bibliothek bedeutet hätte, wurde am 26. November 1991 abgeändert. "Nach erneuter Prüfung der Sachlage" war die Treuhandanstalt zu dem Ergebnis gekommen, "daß im Interesse einer geordneten Überführung des Archivs und der Bibliothek auf eine andere Trägerschaft die Erhaltung der bisherigen Funktion als 'lebendes' Archiv geboten" sei.

"Daher ist vorläufig bis zum 30. Juni 1992 treuhänderisch verwaltetes Vermögen zur Begleichung der Lohn- und Gehaltsverpflichtungen der unmittelbar im Archiv und in der Bibliothek des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung Beschäftigten zur Verfügung zu stellen."

Die Bildung des Verbundes Archiv, Bibliothek, Technische Werkstätten ist eine Übergangslösung bis zu dem Zeitpunkt, da diese drei Einrichtungen in eine andere Trägerschaft übernommen werden. Deshalb wird sich an der Arbeitsweise des Archivs und der Bibliothek, ihren Benutzungsordnungen sowie ihren Öffnungszeiten usw. nichts ändern. Die Zitierweise der Signaturen des Archivs bleibt vorläufig ebenfalls unverändert. Dafür sprechen zwei Gründe:

Zum einen wird das Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung mit einer Planstelle - z.B. im Zusammenhang mit urheberrechtlichen Fragen und internationalen Beziehungen - zunächst fragmentarisch fortbestehen, so daß diese Entscheidung auch formal-juristisch gerechtfertigt ist. Ausgehend vom erreichten Stand der Verhandlungen zwischen der PDS und der Bundesregierung dürfte der Weg in die Stiftung zum anderen keineswegs mehr so lang sein wie die bisher zurückgelegte Strecke. Die Beibehaltung der Zitierweise in der Übergangszeit bis zur neuen Trägerschaft ist daher auch eine Entscheidung im Interesse der Benutzer. IP

PDS-Vorstand wegen Archivpolitik unter Beschuß

Mit Schreiben an Spitzengremien ihrer Partei hat die "IG Archive und Bibliotheken bei der PDS" im Januar und Februar erneut gegen die Vorstandspolitik in Fragen "des schriftlichen Nachlasses der deutschen Arbeiterbewegung" massiv Einspruch erhoben.

Zu der Absicht, auch die von seiten des Staates nicht als sein Eigentum reklamierten Archivbestände des ehemaligen Instituts für Marxismus-Leninismus in eine Stiftung öffentlichen Rechts einzubringen, betont die Interessengemeinschaft (Hervorhebungen im Original): "Dokumente aus 150 Jahren sozialistischer Arbeiterbewegung gehen in die Hände des erklärten politischen Gegners, des bürgerlichen Staates über. Vielleicht kann man kaum symbolträchtiger das Ende des Sozialismus ausdrücken, - aber dann wenigstens keine eilfertige, staatsdienerische Selbstunterwerfung." Seinen Kurs der "Unterwerfung auf dem Bauch" habe der Parteivorstand durch eine entschiedene Wahrnehmung seines Handlungsspielraumes zu ersetzen.

"Angesichts des absehbaren Ausgangs der Gesamtangelegenheit" stellt sich den Vertretern der Interessengemeinschaft die Frage, ob und wie der Vorstand unter Druck gesetzt werden könne. Als erwägenswert gilt ihnen in diesem Kontext die Herauslösung von Teilbeständen. "Vielleicht", heißt es hierzu, "sollte damit eine Art von 'Left Independent Archive' gegründet werden - im Netzwerk zu anderen Formen?"

Nach dem Urteil von Sachkennern, die der "IG" im allgemeinen distanziert gegenüberstehen, könnte deren Kampagne wohl nur unter einer Voraussetzung Auftrieb erhalten: wenn sich Gerüchte verdichten sollten, wonach im Umkreis des Bundesarchivs mit dem Gedanken gespielt werde, Absichtserklärungen an die PDS durch eine semantisch "weitmaschige" Interpretation des nahezu unterschriftsreifen Einbringungsvertrages auszuhöhlen.

Falls es - was schwer vorstellbar sei - solche intellektuellen Hütchenspielerien tatsächlich gäbe, hätten sie kaum mehr als eine minimale Umsetzungschance. Zum einen stünden ebenso honorige wie einflußreiche Gesprächspartner im Wort, denen zum anderen auch schon das politische Kalkül eine beispielhaft seriöse Verfahrensweise auferlege. Schließlich liege es auf der Hand, daß in diesen Zusammenhängen ein Crash-Kurs Gregor Gysi

parteitaktisch nicht geringe Vorteile böte. Die Spekulation auf seine Solidaritätsverpflichtung gegenüber den Mitarbeitern in der Wilhelm-Pieck-Straße 1 würde sich im Konfliktfall voraussichtlich als haltlos erweisen. Ein erheblicher Teil dieser Mitarbeiter gehöre der PDS nämlich gar nicht mehr an.

Erwartungen, auf der Parteivorstandssitzung am 16. 3. werde sich eine Annäherung der Standpunkte herbeiführen lassen, haben sich nicht erfüllt. Der Beratungspunkt Parteiarchiv/Bibliothek wurde vertagt. Kommentar aus der Umgebung Gysis: "Witterungsbedingt". lynx

Sassenbach-Stiftung strebt unter das Dach des Bundesarchivs

Vertreter der Liquidatoren des FDGB, der Johannes-Sassenbach-Stiftung und der Treuhandanstalt sowie der Gewerkschaften und des Bundesarchivs berieten Mitte Februar gemeinsam über die künftige Zuordnung des ehemaligen zentralen Gewerkschaftsarchivs in Berlin und der FDGB-Zentralbibliothek.

Unter dem Gesichtspunkt, daß die Materialien wie bisher möglichst geschlossen und ohne Einschränkung der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung gestellt werden müßten, sprachen sie sich für eine Integration in die geplante Stiftung unter dem Dach des Bundesarchivs aus. Die strukturelle Einheit von Bibliothek und Archiv sei dabei zu erhalten.

Mit dieser Zielsetzung befürworteten die Teilnehmer der Konferenz die Empfehlung, dem amtierenden Kuratorium der Sassenbach-Stiftung eine interessenwahrende Vollmacht für Einbringungsverhandlungen und Vertragsabschluß mit der Bundesregierung zu erteilen. Gleichzeitig wurde der Absicht des Kuratoriums zugestimmt, die Johannes-Sassenbach-Stiftung nach erfolgter Integration in die "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" aufzulösen. Um "den Gewerkschaftskomplex der neuen unselbständigen Stiftung fördernd und kontrollierend" zu begleiten, ist die Gründung eines Fördervereins in Aussicht genommen. VI/Mi

Kooperationsangebot des IzJ

Am Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung (IzJ), das als ehemaliges Institut der Akademie der Wissenschaften eine universitäre Anbindung erstrebt, entsteht gegenwärtig ein Katalog mit vordringlich zu bearbeitenden Themen, für die eine ausreichende Quellenbasis vorhanden ist. Dieser Katalog soll allen deutschen Hochschulen und Universitäten als Kooperationsangebot zugeleitet werden.

Dabei gehen die Mitarbeiter des Instituts davon aus, daß im Bereich der Jugendforschung zur Zeit weniger die Bearbeitung sogenannter weißer Flecken vordringlich ist. Vielmehr gelte es, auf der Basis aller nunmehr zugänglichen Quellen eine von ideologischen Vorgaben freie Grundlagenforschung zu initiieren, die alle Bereiche des jugendlichen Lebens umfaßt.

Zu den Aufgaben des IzJ, dessen Archiv mit den Beständen des Zentralratsarchivs der FDJ gegründet wurde und jetzt mehr als 60 000 Akten, tausende Fotos, Abzeichen, Plakate und andere Sachzeugnisse beherbergt, gehört auch die Betreuung studentischer Qualifizierungsschriften. Die im Institut erhältliche genaue Bestandsübersicht wird zur Zeit durch ein weiteres Hilfsmittel ergänzt: einen unter modernsten Gesichtspunkten computergestützt aufbereiteten Thesaurus.

Im Lesesaal stehen den Benutzern von Montag bis Donnerstag, 9 bis 16 Uhr, etwa 15 Arbeitsplätze und Lesekabinen zur Verfügung. Um telefonische Voranmeldung wird gebeten.

(Anschrift: Archiv des Institutes für zeitgeschichtliche Jugendforschung, Thulestraße 48 - 64, O-1100 Berlin; Tel.: 20 34 02 17.) UG/Mi

Das "Russische Zentrum"

Das "Russische Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte" steht unter der Leitung des Komitees für Archivwesen beim Ministerrat der Russischen Föderation. Gegründet am 12. Oktober 1991 auf der Basis des ehemaligen Zentralen Parteiarchivs (ZPA), gilt es als eine der bedeutendsten Dokumentensammlungen zur sozialen und politischen Geschichte Rußlands sowie der Länder Europas, Asiens und Amerikas vom 18. bis zum 20. Jahrhundert.

Das ZPA war seit 1920 struktureller Bestandteil der wissenschaftlichen Forschungszentren der KPdSU und ihrer bolschewistischen Vorläuferorganisationen: Institut für Parteigeschichte, Marx-Engels-Institut, Lenin-Institut, die 1931 zum Marx-Engels-Lenin-Institut zusammengeschlossen wurden. 1956 erfolgte die Umbenennung in Institut für Marxismus-Leninismus (IML) und 1991 in Institut für Theorie und Geschichte des Sozialismus.

Hauptsächliche Fondsbildner des Archivs waren das Zentralkomitee der KPdSU und das Komitee für Parteikontrolle beim ZK, die wissenschaftlichen und Bildungsinstitute des ZK (Akademie für Gesellschaftswissenschaften, Parteihochschule, Parteihochschule für das Fernstudium, IML, Institut für Gesellschaftswissenschaften u.a.m.) sowie die Redaktionen der zentralen Zeitungen und Zeitschriften der Partei. Von Beginn an leistete das Archiv eine intensive Sammeltätigkeit und übernahm persönliche Fonds zur Aufbewahrung. Gegenwärtig sind im Russischen Zentrum mehr als 1,5 Millionen Akteneinheiten konzentriert, die zu über 500 Fonds zusammengeschlossen sind. Bestandteil der Sammlungen sind ferner 9 300 Fotos und 8 600 m Kinofilm. Auch sie spiegeln die soziale und politische Geschichte Rußlands, der UdSSR, vieler anderer Länder und der internationalen Arbeiterbewegung wider.

Neben den normalen Benutzungsmöglichkeiten eines solchen Archivs werden u.a. auch Konsultationsdienste bei der Organisierung und Systematisierung von Archiven angeboten, historische, thematische und biographische Informationen auf vertraglicher Grundlage aus den Dokumenten vorbereitet, Kopien unterschiedlicher Art hergestellt und Ausstellungen der wertvollsten Dokumente organisiert.

Anschrift: 103821, g. Moskva, Puskinskaja ulica, dom 15, Tel.: 200-51- 12.) Nw/Mi

KPdSU im Mikrofilm

Der britische Universitätsverlag Chadwyck-Healy hat sich das Recht gesichert, rund 70 Millionen Archivalien aus dem Bestand der KPdSU zu verfilmen. So war Presseäußerungen im Februar zu entnehmen. Jetzt weist die Frankfurter Allgemeine Zeitung in einem Bericht aus Moskau vom 12. März auf ergänzende und teilweise abweichende Informationen hin.

Demnach ist mit der Hoover Institution on War, Revolution and Peace (Stanford, Kalifornien) ein Abkommen über den Austausch von Archivmaterialien in Vorbereitung. Im Rahmen dieser Vereinbarung "sollen 25 Millionen Blätter aus verschiedenen Dokumentensammlungen - darunter von Trotzki, Molotow, Kirow, Schdanow, Ordschonikidse, aus den Archiven des Zentralkomitees der KPdSU und des KGB - auf Mikrofilme kopiert werden". Neben

Chadwyck-Healy ist als weiterer Geschäftspartner das italienische Unternehmen "Ponte alle grazie" vorgesehen. Dieser florentinische Verlag möchte eine Edition von Quellen aus dem Kominternarchiv publizieren und das Exklusivrecht zur Verbreitung der einschlägigen Kopien erwerben. Mi

Zur Bildung der Internationalen Initiative Kominternarchiv

Die im Archiv der Kommunistischen Internationale (KI) in Moskau lagernden Dokumente gehören zu den für die Aufarbeitung der widerspruchsvollen Geschichte des 20. Jahrhunderts entscheidenden Quellen. Sie sind wertvolles Kulturgut der Weltgemeinschaft, dessen Bewahrung und systematische Auswertung zu einem wichtigen internationalen Anliegen geworden ist.

Das Archiv war in der Vergangenheit einer wirklich wissenschaftlichen Auswertung verschlossen. Die der Spitze der kommunistischen Parteihierarchie der UdSSR direkt untergeordnete Leitung des damaligen Zentralen Parteiarchivs im IML beim ZK der KPdSU, dem das Archiv unterstand, sorgte mit restriktiven politischen Auflagen gründlich dafür, daß kein Wissenschaftler - offenbar auch kein KI-Spezialist Moskaus selbst - komplette Einsicht in diese Bestände erhielt. Nach dem August-Putsch und dem Verbot der KPdSU ist das Archiv jetzt der Regierung der Russischen Föderation unterstellt und gehört zum "Russischen Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte". Zahlreiche offizielle Äußerungen verantwortlicher Politiker und Wissenschaftler aus Moskau besagen, daß nunmehr reale Chancen bestehen, daß das Archiv für die internationale Forschung frei verfügbar wird.

Angesichts der aus der so komplizierten ökonomischen, politischen und sozialen Situation in Rußland resultierenden realen Gefahren für die Zukunft des Archivs entstanden in den letzten Monaten vielfältige Initiativen zur Bewahrung dieses einzigartigen geschlossenen Quellenbestandes zur Geschichte des internationalen Kommunismus und zur politischen und Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. Im Ergebnis dieser Bemühungen wurde von den Teilnehmern des Ende Februar 1992 von Hermann Weber und Dietrich Staritz in Mannheim initiierten Internationalen Wissenschaftlichen Symposiums "Weiße Flecken in der Geschichte des Weltkommunismus" die "Mannheimer Erklärung über das Schicksal des Kominternarchivs" veröffentlicht, mit der die Bildung einer "Internationalen Initiative zur Sicherung, Erschließung und Erforschung des Kominternarchivs" verbunden war.

Diese Initiative will den Prozeß der Öffnung, Erschließung, Öffentlichmachung und Erforschung des Kominternarchivs wissenschaftlich begleiten. Sie will sich in breiter internationaler Kooperation mit allen interessierten Wissenschaftlern und wissenschaftlichen Institutionen bemühen, den beschriebenen Prozeß der Öffnung des KI-Archives zu befördern und lädt alle Interessierten dazu ein, für diese wichtige Zielstellung gleichberechtigt mitzuwirken.

Für den Vorstand konnten bisher Prof. Dr. H. Weber (Mannheim), Prof. Dr. P. Broué (Grenoble), Prof. Dr. F. Firsov (Moskau), Prof. Dr. H. Konrad (Graz) gewonnen werden. Einladungen zu führender Mitarbeit sind an zahlreiche renommierte internationale Forscher zur KI-Geschichte versandt worden, Kontakte zu den entsprechenden internationalen wissenschaftlichen Institutionen werden gesucht.

Ansprechpartner für zusätzliche Informationen sind im Rahmen des (provisorischen) "Sekretariats" der "Internationalen Initiative Kominternarchiv": Dr. B. H. Bayerlein, M.A., Europacentrum Maas-Rhein, Institut für Europa-politik an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, Kaiser-Friedrich-Allee 39, D-W-5100 Aachen, Tel.: 49(0) 241 75805, Fax: 49(0)

241 724 95; Dr. J. Foitzik, M.A., Univ. Mannheim, Mannheimer Centrum für Europäische Sozialforschung, Arbeitsbereich Geschichte der DDR, Steuberstr. 46, D-W-6800 Mannheim, Tel.: 49(0) 621 292 8444, Fax: 49(0) 261 292 3436; Dr. habil. J. Mothes, Univ. Leipzig, Fachbereich Geschichte, Könnertzstr. 112, D-O-7031 Leipzig, Tel.: 40 11 984, Fax: D-O-003741 20 93 25.

Mo

Um die Zukunft der ehemaligen SED-Bezirksparteiarchive

Im Februar 1992 fand in Berlin eine Beratung von Vertretern des Zentralen Parteiarchivs und der Landesparteiarchive der PDS statt. Dabei erläuterten die Archivare aus den Ländern die aktuelle Situation in den früheren Bezirksparteiarchiven, deren Benutzung nach Anmeldung ausnahmslos möglich ist. Hierbei ergab sich folgendes Bild:

1. Mecklenburg-Vorpommern

Die Materialien aus Rostock, Schwerin und Neubrandenburg sind jetzt in Bolz/Krs. Sternberg zusammengefaßt und werden von einem Spezialisten betreut. Das Landeshauptarchiv Schwerin bemüht sich um die Übernahme dieses Archivgutes.

Adresse: O-2721 Bolz/Krs. Sternberg oder: LV der PDS Mecklenburg-Vorpommern, Großes Moor 2-6, O-2751 Schwerin, Tel.: 0984/5315

2. Brandenburg

Seit dem 1. Januar 1992 sind die Bestände der PDS-Archive Potsdam, Frankfurt/O. und Cottbus dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv in Potsdam zugeordnet. Grundlage dafür ist ein zwischen dem Landesvorstand der PDS und dem Landeshauptarchiv abgeschlossener Depositarvertrag.

Adresse: Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam, Sanssouci, Orangerie, O-1500 Potsdam; Tel.: 023/22971 bzw. 22972; oder: LV der PDS Brandenburg, Johannes-Dieckmann-Allee 3, O-1501 Potsdam, Tel.: 023/22448 oder 22028

3. Sachsen-Anhalt

Da die Archivare aus finanziellen Gründen entlassen werden müssen, werden die Bestände gegenwärtig durch Mitarbeiter des Landesvorstandes der PDS ehrenamtlich verwaltet. Dringend erforderlich sind hier Entscheidungen der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des

Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR bzw. der Treuhandanstalt, um die Weiterarbeit der Archive im vollen Umfange zu gewährleisten.

Adresse: Leninallee 70, O-4020 Halle, Tel.: 0046/8362581; Gerhard-Hauptmann-Straße 16, O-3060 Magdeburg, Tel.: 0091/32223

4. Sachsen

Die Finanzierung der Archive in Dresden, Leipzig und Chemnitz ist gefährdet; die Archivare haben nur einen befristeten Arbeitsvertrag. Die Sächsische Staatsregierung zeigt Interesse an der Übernahme der Bestände. Hierzu wäre ein Depositarvertrag erforderlich. Die Benutzung zeigt in den letzten Monaten steigende Tendenz.

Adresse: Devrientstraße 2, O-8010 Dresden, Tel.: 0051/4855824; Karl-Liebknecht-Straße 143, O-7030 Leipzig, Tel.: 0941/39882620; Brückenstraße 12, O-9010 Chemnitz, Tel.: 0071/ 6552587 oder 6552239

5. Thüringen

Die Archive in Erfurt, Gera und Suhl werden von je einem fest angestellten Archivar bzw. einer Archivarin betreut. Die Benutzung weist ebenfalls eine steigende Frequenz auf.

Adresse: Eislebener Straße 1, O-5066 Erfurt, Tel.: 0061/5732287; Amthorstraße 11, O-6500 Gera, Tel.: 0970/6232550; Wilhelm-Pieck-Straße 42, O-6017 Suhl, Tel.: 0966/518493

Ausnahmslos wurde in der Beratung hervorgehoben, daß eine baldmögliche Entscheidung über die künftige organisatorische Anbindung notwendig sei. Werden die einzelnen Archive der geplanten "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" angeschlossen oder dem jeweils territorial zuständigen staatlichen Archiv? Sinnvoll erschien den Teilnehmern eine Zuordnung zur Stiftung, da die einheitliche Verwaltung der SED-Provenienzen auf diese Weise am besten zu gewährleisten sei. Die Weiterbeschäftigung der fachlich kompetenten Archivare liege auch im Interesse der Benutzer.

In einer weiteren Beratung am 17. März, an der neben Vertretern der Landesparteiarchive und des Zentralen Parteiarchivs auch die Projektgruppe Archive bei der Unabhängigen Kommission teilnahm, stand die Zukunft der PDS-Landesarchive nochmals im Mittelpunkt.

Die Teilnehmer verständigten sich darauf, daß die Möglichkeit der Einbringung in die zu gründende Stiftung gegeben ist, die einzelnen Archive also von der Stiftung verwaltet und von den jeweils zuständigen staatlichen Archiven fachlich betreut werden könnten. Eine Veränderung der bisherigen regionalen Aufbewahrung des Archivgutes sollte nicht angestrebt werden.

Die Projektgruppe Archive versicherte in der Beratung, sie werde sich umgehend dafür einsetzen, daß die aus finanziellen Gründen erfolgten bzw. vorgesehenen Kündigungen von Archivaren zurückgenommen oder nicht ausgesprochen werden.

Hb

Seliger-Archiv jetzt im AdSD

Seit dem Vorjahr hat das "Seliger-Archiv für Studien zur Geschichte der sudetendeutschen und deutschen Arbeiterbewegung Südosteuropas", früher in Stuttgart, unter der Bezeichnung "Seliger-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie" seinen endgültigen Platz in der Friedrich-Ebert-Stiftung gefunden. Es enthält u.a. Nachlässe bekannter, in der sudetendeutschen Arbeiterbewegung aktiver Persönlichkeiten, Splitter aus der Überlieferung der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei, Registraturen der "Seliger-Gemeinde", seltene Periodika sowie Fotos. Die Überlieferung reicht bis in die zwanziger Jahre zurück.

CA

TRIBÜNE-Archiv übernommen

Auf der Grundlage einer Übereinkunft mit den Konkursverwaltern der Trep-tower Verlagshaus GmbH als Rechtsnachfolger des seit 1945 bestehenden Tribüne-Verlages konnte das Archiv dieser traditionsreichen Gewerkschaftsinstitution kürzlich in die Johannes-Sassenbach-Stiftung eingegliedert werden. Neben einer Reihe wertvoller Urkunden und sonstiger Dokumente aus der Neugründungsphase der Gewerkschaften in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone umfaßt das Archiv Schriftwechsel und andere Vorgänge aus der mehr als vierzigjährigen Verlagstätigkeit, Korrespondenz mit Autoren, Geschäftsberichte und weitere Materialien. Übernommen wurden neben einem Bestand an Archivexemplaren der Verlagsproduktion auch Restbestände der jüngsten Verlagserzeugnisse, so daß in der Bibliothek der Johannes-Sassenbach-Stiftung die bereits vorhandene Sammlung von Büchern, Broschüren und sonstigen Publikationen zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung ergänzt werden kann.

VI.

Das Franz-Neumann-Archiv

Das Franz-Neumann-Archiv e.V. (FNA) wurde 1974 mit dem Ziel gegründet, das für die historische Forschung relevante Material aus dem Nachlaß des Namensgebers "und aus anderen Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der Demokratie zusammenzufassen".

Den Grundstock der Sammlung bilden vor allem Dokumente aus den Jahren 1946 bis 1958, in denen Franz Neumann an der Spitze der Berliner SPD stand, aber auch aus der Zeit danach, in der er weiterhin Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der Berliner Arbeiterwohlfahrt war.

Neben den von Franz Neumann überlieferten Beständen - etwa 360 Aktenordner und 500 Sammelmappen - enthält das FNA weitere Materialien zur Geschichte der SPD, der Arbeiterwohlfahrt, der Gewerkschaften, der Jungsozialisten, der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die "Falken" und anderer Institutionen der "Linken". Außer der Flugblattsammlung und dem Fotoarchiv sind auch die Nachlässe von Otto Stammer, Ella Kay, Franz Meyer und Erwin Beck besonders erwähnenswert.

(Anschrift: W-1000 Berlin 65, Ackerstraße 76 (Hof 3), Tel.: 030/463 50 07. -
Öffnungszeiten: Dienstag und Freitag 10 bis 13 Uhr und nach telefonischer
Vereinbarung.) Hn/Mi

"Bibliothek im Haus am Kölnischen Park" erhaltenswert

Aus den ehemaligen Bibliotheken der Parteihochschule und des Zentralkomitees der SED sowie der Akademie für Gesellschaftswissenschaften ist 1990 die Bibliothek am Kölnischen Park hervorgegangen. Sie umfaßt einen Gesamtbestand von etwa 360 000 bis 400 000 Bänden, davon 85 000 zur Geschichte, 36 000 zu ökonomischen und 30 000 zu philosophischen Themen. Auch der Periodikabestand ist mit 17 000 Bänden beachtenswert.

Seit dem 31.12.1991 ist diese Bibliothek durch Verwaltungsakt der Treuhandanstalt geschlossen. Da sich ihre wertvollen Bestände mit denen der Bibliothek des ehemaligen Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung sehr gut ergänzen, sind Bemühungen im Gange, beide Sammlungen in der zu gründenden "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" zu vereinigen. Wie zu erfahren ist, betont auch ein durch die Treuhand veranlaßtes Gutachten die Erhaltenswürdigkeit der Bestände und befürwortet ihre Zuordnung zu einer Stiftung mit allgemeinpolitischer oder wissenschaftlicher Aufgabenstellung - z.B. zu einer parteinahen Stiftung - bzw. ebenfalls ihre Einbringung in die "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR". Str

"Aus" für das IfGA

Über die Weigerung der Treuhandanstalt, Direktorat Sondervermögen, das Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (IfGA) weiter zu finanzieren, ist bereits an anderer Stelle dieser Ausgabe berichtet worden. Eine wissenschaftliche Beurteilung von Arbeitsergebnissen und Projekten des Instituts nach seiner konzeptionellen Neuorientierung war dem Bescheid der Treuhand nicht vorausgegangen.

Da sich die PDS zur Finanzierung des IfGA - mit Ausnahme einer Kontaktstelle (siehe unten) - ebenfalls nicht in der Lage sah und Hoffnungen auf

Förderungsmittel von anderer Seite sich zerschlugen, wurde seiner Forschungs- und Publikationstätigkeit durch den Treuhand-Bescheid die Basis entzogen. Die Liste der abgebrochenen Projekte ist lang. Hierzu gehören Forschungen zur Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, Untersuchungen zur deutschen und internationalen kommunistischen Bewegung, Studien über die Auswirkungen des Stalinismus auf die deutsche und internationale Arbeiterbewegung sowie Quellenpublikationen zur Rolle der SED als machtausübende Partei. Ob und wann die Rosa-Luxemburg-Ausgabe abgeschlossen werden kann, liegt im Ungewissen. Die Überlebensemöglichkeit der "Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung" tendiert gegen Null.

(Kontaktadresse: Dr. Lutz Prieß, Kleine Alexanderstraße 28, 0-1020 Berlin.)
Be/Mi

Fortführung der MEGA vorerst gesichert

Die Anfang der siebziger Jahre von den Instituten für Marxismus-Leninismus in Moskau und Berlin begonnene Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) drohte nach der "Wende" in der DDR wie ihre Vorgänger-Edition zum Erliegen zu kommen. Um dieser Gefahr zu begegnen, wurde 1990 in Amsterdam die Internationale Marx-Engels-Stiftung (IMES) gegründet. Unter Verzicht auf jede politische Zielsetzung strebt sie die Fortführung des Jahrhundertprojekts in einem internationalen Rahmen an.

Nachdem der deutsche Wissenschaftsrat schon im Januar 1991 eine eventuelle Übernahme des Unternehmens in das Akademien-Programm empfohlen hatte, sprach sich jetzt auch ein von der Konferenz der deutschen Akademien der Wissenschaften eingesetzter internationaler Gutachterausschuß unter Vorsitz des Münchener Philosophen Dieter Henrich grundsätzlich in diesem Sinne aus. Zwischen der Konferenz und der IMES wurde ein Vertrag unterzeichnet, der die Fortsetzung der neuen MEGA als vorerst gesichert erscheinen läßt. In Deutschland wird von der Konferenz der Akademien eine MEGA-Arbeitsstelle eingerichtet, die zunächst weit fortgeschrittene Bände zum Abschluß bringen soll. Hierfür sind sieben Editoren-Stellen bewilligt.

Außer dieser Akademie-Arbeitsstelle wurde in Trier und in Aix-en-Provence auch eine deutsch-französische MEGA-Arbeitsgruppe gebildet. Dank der finanziellen Unterstützung durch die IMES wird voraussichtlich die MEGA-Gruppe in Moskau ihre Arbeit ebenfalls fortsetzen können. Angestrebt wird ferner die Bildung einer Arbeitsgruppe am Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam.

(Weitere Auskünfte über Sekretariat der IMES, Cruquiusweg 31, NL-1019 AT Amsterdam, Tel.: 020-6685866. Fax: 020-6654181.)
Rj/Mi

VERANSTALTUNGSKALENDER

Zu Tagen der offenen Tür lädt die Bibliothek des ehemaligen IfGA am 8. und 9. Mai 1992 in die Wilhelm-Pieck-Straße 1, 0-1054 Berlin, ein.

Im Mittelpunkt des ersten Tages steht die Thematik "Antifaschistische Westmigration". Zu diesem Thema und zu aktuellen Problemen der historischen Forschung spricht während einer Abendveranstaltung mit Diskus-

sion Prof. Dr. sc. Wolfgang Kießling. Zugleich zeigt die Bibliothek aus ihren Beständen im Exil herausgegebene Bücher und Periodika. Beginn der Veranstaltung am 8. Mai um 18.00 Uhr.

Am 9. Mai besteht von 10.00 bis 13.00 Uhr die Möglichkeit, sich über Geschichte und Sammlungen der Bibliothek zu informieren. Auch Führungen sind dabei vorgesehen.

FACHLITERATUR

Inventar zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den staatlichen Archiven der Bundesrepublik Deutschland. Begonnen von Walter Momper. Hrsg. im Auftrag der Historischen Kommission zu Berlin von Heinz Boberach u.a. Reihe C, Überlieferungen der Stadtstaaten.

Bd. 1: **Staatsarchiv Bremen.** Bearb. von Werner Garbas und Margot Müller. - Berlin: Colloquium Verlag 1991. XIII, 262 S.

Bd. 2: **Staatsarchiv Hamburg.** Teil 1. Bearb. von Klaus Weinbauer, Hans-Arthur Marsiske und Hannelore Rilke. - Berlin: Colloquium Verlag 1992. XVII, 223 S.

Mit den hier anzuzeigenden Bänden liegen erste Ergebnisse des vor Jahren von Walter Momper konzipierten, lange Zeit von ihm betreuten und von der Volkswagen-Stiftung finanzierten Projekts "Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung in den Staatsarchiven der Bundesrepublik Deutschland" vor. - Das "Inventar" ist in mehrere Reihen gegliedert. Reihe A: Überlieferung der zentralen Reichs- und preußischen Archive; Reihe B: Überlieferung der Flächenstaaten der alten Bundesländer; Reihe C: Überlieferung der Stadtstaaten. Aus arbeitstechnischen Gründen wurde mit der Publikation von Bänden der Reihe C begonnen.

Die Gliederung folgt einem einheitlichen Schema: In der Einleitung werden Zuständigkeit und Benutzungsbedingungen ebenso wie Entstehung und Aufbau des jeweiligen Inventarteils dargestellt. Es folgen ausführliche Hinweise für die Benutzer: über Grundsätze der Bearbeitung, Auswahlkriterien für das Sachinventar, Hilfsmittel zur Erschließung und die Gliederung, nach der die Bestände verzeichnet sind. Daran schließt sich eine Inhaltsübersicht über die Bestände und Aktengruppen an, in der amtliches, für Bremen aber auch nichtamtliches Schriftgut,

bis hin zu privaten Sammlungen, aufgeführt ist. Im eigentlichen Inventar werden die Quellen jeweils mit Aktengruppentitel, Aktentitel, Signaturen, Band- und Laufzeitangaben, ggfs. mit Enthältvermerken und Sammelnachweisen verzeichnet: Das breite Spektrum der Arbeiter- und Arbeiterinnen-Existenzen im 19. und 20. Jahrhundert mit seinen regionalen Spezifika wird aus den Quellenübersichten eindrucksvoll sichtbar.

Es ist zu hoffen, daß die Folgebände rasch erscheinen werden, und zwar inklusive der angekündigten Reihe D, in der die Überlieferungen der neuen Bundesländer dokumentiert werden sollen, damit dieses überaus wichtige Hilfsmittel, ergänzt durch Orts-, Sach-, Organisations- und Personenregisterbände, bald komplett nutzbar ist. Ihre Qualität wird sich an der Bearbeitung und Redaktion der vorliegenden Bände orientieren müssen.

Der Ladenpreis (Bremen: DM 168,-; Hamburg T. 1: DM 148,-) dürfte allerdings eine Garantie dafür sein, daß die Verkaufsaufgabe innerhalb der Grenze des Kleinen Bibliotheksschlüssels verbleibt und illegalem Kopieren geradezu Vorschub leistet. Krü.

Jahresbericht 1990-1991 / Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung e.V. - Berlin 1992. - 184 S.

In einer ersten Jahresbilanz stellt sich das Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung vor. Gegründet im Juli 1990 als Institut der Akademie der Wissenschaften, verbindet es eine intensive Forschungstätigkeit mit der Verwaltung und Erschließung des FDJ-Archivs der DDR. Dem Leser werden umfangreiche Informationen u. a. zu Vorgeschichte und Gründung des Instituts sowie über Projekte, erste Resultate, Ergebnisse der Evaluierung, kontroverse Rechtsstandpunkte, Finanzierungsprobleme und internationale Beziehungen geboten. Zusätzlich unterrichtet der Anhang über Ak-

tenbestände, wissenschaftliche Konzeptionen, Fachgutachten und Stellungnahmen unterschiedlicher Provenienz. edo

Siegfried Heimann, *Die Falken in Berlin*. Erziehungsgemeinschaft oder Kampforganisation? Die Jahre 1945 - 1950. / Hrsg. Franz-Neumann-Archiv e.V. - Berlin: Elefant-Press 1990. 334 S.

In der Schriftenreihe des Franz-Neumann-Archivs e.V. ist eine Geschichte der SPD-nahen sozialistischen Jugendorganisation "Die Falken" im Berlin der ersten Nachkriegsjahre erschienen.

Auf der Basis zahlreicher lebensgeschichtlicher Interviews mit ehemaligen Falken sowie unter Heranziehung von Gruppentagebüchern, Fahrtenberichten und Protokollen von Gruppenabenden werden die oft widersprüchlichen Erinnerungen an Nazi- und Kriegszeit diskutiert. Die Konfrontation der Hoffnungen und Wünsche mit den Realitäten der unmittelbaren Nachkriegszeit spiegelt sich in der Darstellung wider. Es wird deutlich, daß die ersten Nachkriegsjahre nicht als bloße "Vorgeschichte" zu betrachten sind, sondern einen eigenen Stellenwert besitzen. - Eine ausführlich kommentierte Dokumentation ergänzt das Werk. Ar.

Sommer, Heinz: *Literatur der Roten Hilfe in Deutschland* : Bibliographie / Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Bibliothek. - Berlin, 1991. - 124 S. : Ill. - (Bibliographische Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung : 9)

Über siebzig Jahre nach Gründung der Roten Hilfe in Deutschland liegt immer noch keine umfassende und kritische Darstellung dieser proletarischen Hilfsorganisation vor. Für künftig zu leistende Arbeiten hat die Bibliographie Material zusammengetragen. Sie verzeichnet die Veröffentlichungen der Roten Hilfe Deutschlands sowie von ihr in und für Deutschland herausgegebene Publikationen. Bücher

und Broschüren werden in dem jeweiligen Erscheinungsjahr in alphabetischer Reihenfolge vorgestellt. Periodische Veröffentlichungen sind ohne chronologische Untergliederung gesondert erfaßt. Die bis zur einzelnen Zeitschriftennummer reichende Verzeichnung trägt zu dem besonderen Wert der Bibliographie bei. Register der Autoren und sonstiger beteiligter Personen, der Sachtitel und der Serien erleichtern das Auffinden der Titel. Ein kurzes Vorwort stellt Verlage und Presse der Roten Hilfe vor.

Grundlage der Bibliographie waren die Bestände in Archiv und Bibliothek des früheren Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung. Bei Ergänzungen aus anderen Archiven und Bibliotheken (z.B. in Moskau oder Prag) wurde der jeweilige Standort angegeben. Ar.

Impressum

Diese Schrift ist kein Gegenstand des Buchhandels. Sie wird an Mitglieder des Förderkreises kostenlos abgegeben. Die Schutzgebühr für sonstige Bezieher beträgt DM 5,00. - Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur unter Angabe der Quelle gestattet. - Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. - Herausgeber : Dr. Henryk Skrzypczak. Redaktion: Elrun Dolatowski. Anschrift: Wilhelm-Pieck-Straße 1, 0-1054 Berlin, Tel.: 2823434, Fax: 2814186

DOKUMENT DER ZEIT

Gnade für arme Schächer oder Wer aber Gnade übt, der wird Gnade finden. Ein unveröffentlichtes Schreiben Thomas Manns vom 19. Juni 1951 an Walter Ulbricht anlässlich der Waldheim-Prozesse.

(IfGA, ZPA, J NL 2/28)

Thomas Mann
1550 San Remo Drive
Pacific Palisades, California

4 241

REGISTERED

318754

An den Herrn Stellvertretenden Ministerpräsidenten,
Walter Ulbricht
S.E.D.
Partei Sekretariat
Lothrinrerstrasse 1
Berlin ~~West~~ ⁴ **WA**
Germany

Postamt
d. städt. Briefpostamt
Juni 28 JUNI 1951
Postzeitung
Postzeitung



VIA AIR MAIL

Registered
=====

Herr Ministerpraesident!

Das gewiss bezeichnende Ansehen, das in Ihrer politischen und ideologischen Sphaere der Beruf des Schriftstellers genießt, ueberhebt mich der Besorgnis, Sie moechten es als Unbescheidenheit und Ungebuehr auffassen, wenn ich, ein Schriftsteller eben nur, ein in der Welt des Wirklichen macht- und einflussloser Diener der Sprache und des freien Gedankens, sich persoendlich und privat an den maechtigen Staatsmann, der Sie sind, mit einer Bitte wendet, die sogar den Charakter eines Rates annehmen koennte. Dies Wort mag unangebracht bis zur Komik klingen, aber ich ziehe es tatsaechlich der "Bitte" vor, weil es so gar kein persoentliches Interesse ist, das mich zu diesem Schritte treibt, sondern das allgemeinste: die jeden denkenden Menschen quaelend erfuellende Sorge um die Zukunft der Gesittung, das Schicksal des Menschen selbst, eine Sorge und tiefe Beschaeftigung, die auch mein hohes Alter nicht in Gleichgueltigkeit und in ein schon abgewandtes "Da sehet ihr zu!" hat wandeln koennen.

Aus meinen Schriften geht hervor, und meine oeffentliche Haltung auch ausserhalb dieser Schriften mag Ihnen, Herr Ministerpraesident, Kenntniss davon gegeben haben, dass ich ein ueberzeugter und gelegentlich kaempferischer Anhaenger des Friedensgedankens bin und diesem Glauben schon manches Opfer an persoenlicher Ruhe, an ungestoerter kuenstlerischer Arbeitsstimmung und an sogenannter Popularitaet gebracht habe. Wenn ich von Frieden spreche, so meine ich den einen, unteilbaren,

der das Gebot der Weltstunde ist, und unter dem allein die Voelker die Aufgaben erfuehlen koennen, die ihnen heute gestellt sind. Es sind schwere Aufgaben, und jedes Volk sollte sich seinen eigenen widmen; seine Energieen sollten nach innen gewandt sein, nicht nach aussen; sie sollten moralisch sein und selbstdisziplinaer, nicht politisch ausgreifend und imperialistisch. Die machtpolitischen Antagonismen und Ambitionen, so sehr sie sich in ideologisch-messianischem Aufputz gefallen, sind fehl in der Zeit, sind wider das Gebot, und was sie ins Werk setzen, kann nur die Entsittung foerdern, von der ohnedies die Menschheit in ihren Uebergangsnooten und Anpassungswehen bedroht ist.

Denn dass es sich um eine Zeitenwende, einen Uebergang zu neuen Formen menschlichen Zusammenlebens, um die Noetigung zur Anpassung an voellig veraenderte Daseinsbedingungen handelt, fuehlt und sieht jeder, obgleich nicht jeder es wahrhaben will. Der Kommunismus - oder wie man das zeitliche Ergebnis der grossen russischen Revolution nennen soll - ist ein harscher und opferreicher Versuch, aus der Aufloesung neue und feste Ordnung erstehen zu lassen, der Wende gerecht zu werden, die er als solche besonders scharf und einwilligend erkennt, waehrend sein Gegenpart, die sich noch buergerlich nennende Welt nicht wissen zu wollen scheint, wie weit sie sich selbst schon von dem Lebensstil der klassischen Buergerzeit entfernt hat, wie sehr auch sie schon mitten in der allgemeinen Revolution steht, und wie entbuergerlicht in jeder Beziehung, geistig, oekonomisch, moralisch, politisch, sie selber schon ist. Ich bin nach meiner Erziehung

und Ueberlieferung, nach meiner ganzen geistigen Formung kein Kommunist. Dass ich kein Anti-Kommunist bin, nimmt man mir in meiner Sphaere, der buergerlichen, bitter uebel. Ich bin es aber darum nicht, weil mir der rabiate Anti-Kommunismus eine sehr schlechte Medizin gegen die Mutationsschmerzen der Zeit zu sein scheint; weil er eben nur ein "Anti" ist und seine Wut zum guten Teil daher ruehrt, dass er das weiss, und dass er nicht weiss, welchem "Pro" diese Wut nun eigentlich geweiht ist. Mein "Pro" - ein "Fuer" vor allen anderen - ist der Friede, und ich kann Sie versichern, dass ich im Glauben an dieses heute hoechste und unentbehrlichste Gut einig bin mit den besten Koepfen und Herzen meiner Lebenssphaere.

Wenn auch der Kommunismus den Frieden will - und ich glaube, dass er ihn will -, so sollte er alles tun, um einem Humanismus Vorschub zu leisten und Rechtfertigung zu gewaehren, der, ohne an das kommunistische Credo gebunden zu sein, sich dem militanten Anti-Kommunismus verweigert und fuer den Frieden einsteht, indem er es der Zeit - der von der sittlichen Arbeit der Voelker an sich selbst erfuellten Zeit - anheimgibt, die Gegensatze auszugleichen und zu hoeherer Einheit aufzuheben, die heute in scheinbarer Unversoehnlichkeit zwischen den Welthaelften klaffen, waehrend doch die sie bewohnenden Voelker im Grunde alle den gleichen Problemen und Aufgaben verpflichtet sind. Der Kommunismus, sage ich, sollte alles tun, diesem friedenswilligen Humanismus Hilfe zu leihen und so weit nur immer moeglich alles vermeiden, was seinen Einfluss laechmen koennte. Der Kommunismus

hat - das ist die Wahrheit - mit dem Faschismus die totalitaere Staatsidee gemeinsam; aber er will doch wahrhaben, und wir moechten es mit ihm wahrhaben, dass sein Totalitarismus sich von dem faschistischen himmelweit unterscheidet, einen ganz anderen ideologischen Hintergrund, ganz andere Beziehungen zum Menschheitsgedanken hat, und darum sollte er Sorge tragen, jede Koeglichkeit der Gleichsetzung und geflissentlichen Verwechslung auszuschliessen, sollte - so lange nach vollendeter Revolution - Kruditaeten und formlose Grausamkeiten meiden, die ihn aeusserlich, fuer das Auge, aber das heisst: praktisch, auf das Niveau des Faschismus herabsetzen, und nach ihrer innersten Natur, ihrer psychologischen Wirkung nicht dem Frieden dienen, sondern nur helfen, eine ohnehin schon weitgehend demoralisierte, seelisch abgestumpfte und verhaertete Menschheit zum Kriege vorzubereiten.

In diesen Zusammenhang, Herr Ministerpraesident, moechte ich die Angelegenheit stellen, von der ich mir erlaube, Ihnen zu sprechen. Es handelt sich um die Prozesse - wenn dieses Wort am Platze ist -, die im April und Mai dieses Jahres in Waldheim (Sachsen) gegen 3000 oder mehr Personen gefuehrt worden sind, welche vorher Jahre lang - fuenf Jahre lang zum Teil - in Konzentrationslagern der deutschen Sowjetzone verwahrt gewesen waren. Zur Rechtsprechung ueber sie wurden vom Landgericht Chemnitz 12 grosse und 8 kleinere Strafkammern zusammengestellt, - Sondergerichte (obgleich meines Wissens nach einer gewissen Kontrollratsproklamation die Wiedereinsetzung von Sondergerichten verboten ist), bei denen es an jedem Einschlag von juristischer Vorbildung fehlte und fehlen sollte, Voelksgerichte also, deren

Verfahren das summarischste war. Zehn Verhandlungen etwa fanden in einer Stunde statt. Kein Verteidiger wurde zugelassen, kein Entlastungszeuge gehoert. Gefesselt, obgleich den wenigsten eigentlich kriminelle Taten zur Last gelegt waren, wurden die Angeklagten, die im Voraus Verurteilten dem Gericht vorgefuehrt, das nach Vorschrift Zuchthausstrafen von 15, 18, 25 Jahren, auch lebenslaengliche ueber sie aussprach. Die in den Lagern von Waldheim, Bautzen und Brandenburg hringebrachte langjaehrige Haftzeit, in deren Verlauf schon viele an Tuberkulose erkrankt waren, wurde in keinem Falle angerechnet. Jedes Berufungsverfahren war ausgeschlossen, - obgleich eine rechtliche Nachpruefung gewiss oft nur zu notwendig gewesen waere.

Dieses unselige, schon zertretene, seelisch zerbrochene und blutspuckende, einem schnellen oder langsamen Tode anheimgegebene Menschengewuerm war angeklagt - und damit auch schon ueberfuehrt - der Kollaboration mit dem nationalsozialistischen Herrschaftssystem, - und wie ich ueber den Nationalsozialismus und den Faschismus im Allgemeinen denke, brauche ich hier nicht zu wiederholen. Ich taue schlecht zum Verteidiger derer, die es mit ihm hielten und ihm zur Hand gingen, - was uebrigens mehr oder weniger, mit ehrenvollen Ausnahmen, das ganze deutsche Volk getan hat. Aber ich frage Sie, Herr Ministerpraesident, - nicht rhetorisch "vor aller Welt", sondern von Mensch zu Mensch: Hat es einen Sinn, diese armen Teufel, schwache, anpassungsbeduerftige Durchschnittsmenschen, die es nicht anders wussten, als dass man den Mantel nach dem Winde haengen muss und zweifellos heute wieder bereit waeren, ihn nach dem neuen Winde zu haengen, - hat

es einen Sinn, sie ganz im wilden Stil des Nazismus und seiner "Volksgerichte", ganz im Stil jenes zur Hoelle gefahrenen Roland Freisler, der genau so seine Zuchthaus- und Todessprueche verhaengte, aburteilen zu lassen und damit der nicht-kommunistischen Welt ein Blutschauspiel zu geben, das ein Ansporn ist allem Hass, aller Furcht, aller Propaganda fuer die "Unvermeidlichkeit" des Krieges - und eine moralische Niederlage fuer alle, die diesen Krieg fuer das groesste Unheil halten, das die Menschheit treffen koennte?

Die in Westdeutschland lebenden Angehoerigen einiger der Verurteilten haben sich in ihrem Jammer gemeinsam an mich gewandt, - warum gerade an mich, im Glauben an welche Zauberkraefte, ueber die ich gebiete, das weiss ich nicht, aber ich habe ihnen versprochen, ueber einen Schritt nachzudenken, durch den ihnen und denen, um die sie sich aengstigen, vielleicht, moeglicherweise, geholfen werden kann. Da ist ein gewisser Walther Bacmeister, ueber dessen Sohn in Waldheim 18 Jahre Zuchthaus ausgesprochen worden sind "wegen ausserordentlicher Unterstuetzung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft". In welcher Form mag er dem Regime diese ausserordentliche Unterstuetzung gewaehrt haben? Durch denunziatorische Vorteilsjaegerei? Die ist sehr verbreitet in politisch bewegten Zeiten, und wer steht Ihnen, wer steht mir dafuer, dass er nicht selber das Opfer einer nutzbringenden Angeberei geworden ist? Dies ist ziemlich bestimmt der Fall bei dem Bruder einer gewissen Anna-Marie Loh, der in Waldhaus 15 Jahre Zuchthaus bekommen hat, weil er "Gestapoagent" gewesen sein soll. Das Volksgericht hat sich davon ueberzeugen lassen;

wie und durch wen, das weiss man nicht, aber seine Schwester schwuert, dass eine infame Anschwaerzung vorliegt. -

Es sind da auch die Schwestern Ursula Fritz und Hedwig Fuchs, geb. Fritz, deren Bruder Rudolf Fritz sich im Zuchthaus Waldheim befindet, wo er 20 Jahre verbuessen soll, weil er "durch seine Taetigkeit als Oberstaatsanwalt die nazistische Gewaltherrschaft unterstuetzt hat". Das tat man freilich, wenn man charakterlos genug war, unter Hitler Staatsanwalt zu bleiben. Aber diese Charakterlosigkeit haben unzaehlige besessen, geradezu alle, und fuer Charakterschwaechen sind 20 Jahre Zuchthaus (nach einigen Jahren Konzentrationslager) eine wahrhaft drakonische Strafe. Ob Oberstaatsanwalt Fritz den Nazistaat nicht vielleicht nur in Kriminalfaellen vertreten, ob er je politische Prozesse gefuehrt und wie er sie gefuehrt hat, die Frage bleibt mangels Verteidigung und Entlastungszeugenschaft offen. - Fritz mit Nachnamen heisst auch ein anderer Mann, dessen ehemaligen Stand ich nicht kenne, und der, wie seine Schwester mir klagt, in Bautzen zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt wurde wegen "westlicher Propaganda". Wie hat er sie praktiziert? Als Strasseneckenredner kaum. Hat er am Biertisch in Hoerweite eines Aufpassers gesagt, in Marshallplan-Laendern haetten arme Leute es besser, als in der deutschen Sowjetzone? Damit haette er Unsinn geredet. Aber mit 25 Jahren Arbeitslager ist ein so massenhaft verbreitetes Laster wie das Unsinn reden uebertrieben bestraft.

Ebenfalls in Bautzen sitzt Einer namens Schneider gefangen, dessen Vater, Stefan Schneider, nicht weiss, warum der Sohn dort sitzt, schon deshalb nicht, weil eine Verurteilung

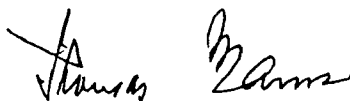
ueberhaupt nicht erfolgt ist. Nun, darueber ist nichts zu sagen. Ich tue besser, gleich zu der Klage einer ungluecklichen Ilse Krieghoff ueberzugehen, deren Ehegatte niemals Nazi-Parteigenosse war, aber "wegen Spionage" gleichfalls 25 Jahre Arbeitslager bekommen hat. Auch er soll sie in Bautzen verbringen, wird aber der Strafe wohl bald entzogen werden, denn schon ist er schwindsuechtig. - Spionage! Das ist sehr schlimm und ehrlos. Ist Krieghoff einem Agenten des feindlichen Auslandes ins Garn gegangen und hat Geld von ihm genommen fuer die Erteilung von Auskuenften? Schwerwiegende Auskuenfte moegen das gewesen sein! Ich zweifle, ob sie das Geld wert waren, das er dafuer bekommen hat. Die deutsche volksdemokratische Republik hat er jedenfalls nicht damit unterminiert. Aber ich entschuldige ihn nicht, wenn er getan hat, was man ihm zur Last legt. Ich entschuldige und verteidige ueberhaupt niemanden von diesen armen Schaechern, deren Namen mir ja nur zufaellig, durch ein Bittschreiben, bekannt geworden sind; sondern ich bitte um Gnade.

Herr Ministerpraesident! In einer Welt, deren intellektuelles und moralisches Niveau, deren Bildungsstand, um das altmodische Wort zu gebrauchen, seit Jahrzehnten schon im Absinken begriffen ist, einer Welt der Rueckentwicklung, des Kulturschwundes, und des Vergessens, in der alle Menschlichkeit, alle seelischen Werte, Rechtssinn, Guete, Duldung allmaehlich verkommen, und auf die die Nacht der Barbarei sich herniedersenken will, - in dieser unserer Welt stehen zwei geballte Machtkomplexe, der kommunistisch revolutionierte Weltteil und der buergerlich halb-revolutionierte, sich in einer das Herz einschnuerenden Spannung

von Hass, aeusserstem Misstrauen, wechselseitig sich belauernder Angst gegenueber. Jeden Augenblick kann diese Spannung sich in einer Katastrophe entladen, wie unser Planet sie noch nicht gesehen hat, einem Zusammenprall, fuer den "Krieg" ein schwacher, veralterter Name ist, und der der Menschheit selbst ans Leben gehen kann. Glauben Sie nicht mit mir, dass alles, was auch nur indirekt dazu beitragen koennte, diese verhaengnisgeladene Spannung herabzusetzen, die vergiftete Atmosphaere zu verbessern, Hass und Furcht zu mindern und das Bild der einen Seite der andern weniger bedrohlich erscheinen zu lassen, - dass jede Geste der Milde und Menschlichkeit heute eine Tat fuer den Frieden, Trost und Unterstuetzung fuer alle waere, die den Frieden wollen? Sie wissen vielleicht nicht, welches Grauen und welche Empoerung, geheuchelt oft, aber oft tief aufrichtig, jene Prozesse mit ihren Todesurteilen - denn es sind lauter Todesurteile - auf dieser Weltseite hervorgerufen haben, wie nutzbar sie sind dem boesen Willen und wie abtraeglich dem guten. Ein Gnadenakt, grosszuegig und summarisch, wie die Massenaburteilungen von Waldheim es in nur zu hohem Grade waren, das waere eine solche gesegnete, der Hoffnung auf Entspannung und Versoehnung dienende Geste, eine Friedens-tat. Nutzen Sie Ihre Macht, um diesen Gnadenakt herbeizufuehren! Darum bittet, das raet Ihnen ein alter Mann, in dessen Denken und Dichten die Idee der Gnade laengst bestimmend

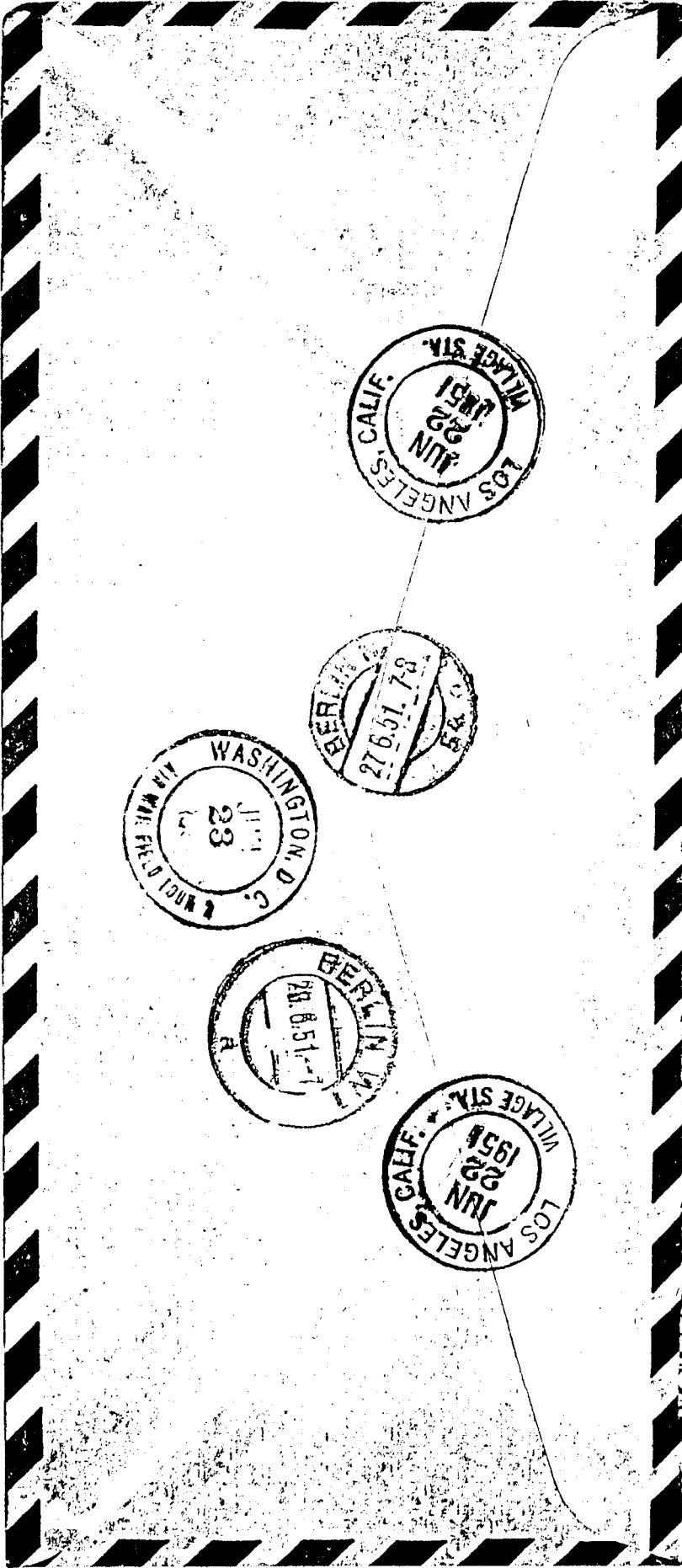
hineinwirkt. Das deutsche Wort "gnadenlos" hat einen eigentuemlich doppelten Sinn. Es bedeutet zugleich "unbarmherzig" und "unbegnadet". Unbegnadet ist der starre Wahn, allein die ganze Wahrheit und das Recht auf unerbittliche Grausamkeit zu besitzen. Wer aber Gnade uebt, der wird Gnade finden.

Ihr sehr ergebener

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'Thomas Mann', written in dark ink.

Thomas Mann

An den Herrn Stellvertretenden Ministerpraesidenten,
Walter Ulbricht
S.E.D.
Partei Sekretariat
Lothringerstrasse 1
Berlin N. 54



Letzte Meldungen

Für Problembewußtsein in europäischer Archivpolitik

Zur Organisationsstruktur der geplanten "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" sowie zur Archivsituation in Rußland haben jetzt zwei führende Kommunismus-Experten der Bundesrepublik Deutschland Stellung genommen. In ihrer durch dpa verbreiteten Presseerklärung vom 27. März 1992 heben Prof. Wolfgang Leonhard (Manderscheid) und Prof. Hermann Weber (Mannheim) hervor:

"Für die dringend notwendige Aufarbeitung der Geschichte des Kommunismus ist der Erhalt aller kommunistischen Archive und deren Zugang für die Forschung wesentliche Voraussetzung.

Mit der Novellierung des Bundesarchivgesetzes ist der Weg geebnet zur Errichtung einer Stiftung, in die außer den Archivmaterialien der SED auch die früherer Blockparteien und Massenorganisationen der DDR eingebracht werden. Den Interessen der Wissenschaft ist mit dem Wegfall der 30-Jahressperre und dem ungehinderten Zugang der Forscher zu den Quellen Rechnung getragen.

Entscheidend bleibt nun - und darauf sei besonders hingewiesen -, daß die gewachsenen Bestände der einzelnen Archive (ehemaliges SED-Partei-Archiv mit den wertvollen Beständen auch der deutschen Arbeiterbewegung sowie Nachlässen und Bibliothek; FDGB-Archiv und Bibliothek bei der Johannes-Sassenbach-Stiftung; FDJ-Archiv des Instituts für zeitgeschichtliche Jugendforschung usw.) weiterhin beisammen bleiben und als selbständige Abteilungen zu der Stiftung gehören.

Während jetzt für die zentralen ostdeutschen Archive ein Weg gefunden wurde, ist die Lage in Osteuropa komplizierter. Die Archive in Rußland machen Schlagzeilen, etwa wenn von illegalen Verkäufen und "Piraterie" zu lesen ist. Die "Mannheimer Erklärung" von über 80 Wissenschaftlern aus 12 Ländern hat im Februar auf die prekäre Situation des Archivs der Kommunistischen Internationale hingewiesen. Die Verhältnisse werden dort täglich bedenklicher. Deshalb soll erneut die Aufmerksamkeit darauf gelenkt werden, daß mit dem Auseinanderreißen des bedeutenden Archivs ("Nachfolgeparteien" der Komintern stellen gegenwärtig bereits Ansprüche), des Verkaufs von Dokumenten oder der Schließung wegen Geldmangels, die in aller Welt geforderte Aufarbeitung der Geschichte des internationalen Kommunismus behindert, wenn nicht gar gefährdet würde.

Die europäischen Institutionen sind in erster Linie aufgerufen, ein Stück europäischen Kulturgutes zu erhalten. Besonders wichtig ist eine Bestandsaufnahme und öffentliche Bekanntgabe der bisher geheimgehaltenen Akten. Die Sicherung, Erschließung und der freie Zugang der Wissenschaft zum Komintern-Archiv bietet die einmalige Chance, neue Einsichten zur Sozial- und Zeitgeschichte zu gewinnen. Allerdings setzt dies die materielle Sicherung voraus. Dafür sollte in der europäischen Politik Problembewußtsein geschaffen werden." Mi

Berufung in die Enquete-Kommission

In die Enquete-Kommission "Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur" wurde durch die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Rita Süßmuth, am 19. März 1992 Prof. Dr. Hermann Weber (Universität Mannheim) als Sachverständiger berufen. Prof. Weber ist Vorstandsmitglied des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Mi